



**Fassin Verwaltungs GmbH & Co.
Immobilien KG
Emmerich**

Testatsexemplar
Jahresabschluss und Lagebericht
31. Dezember 2010

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Inhaltsverzeichnis

Bestätigungsvermerk

Rechnungslegung

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Allgemeine Auftragsbedingungen

Hinweise:

Den nachfolgenden Bestätigungsvermerk haben wir, unter Beachtung der gesetzlichen und berufsständischen Bestimmungen, nach Maßgabe der in der Anlage "Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt" beschriebenen Bedingungen erteilt.

Falls das vorliegende Dokument in elektronischer Fassung für Zwecke der **Offenlegung** im elektronischen Bundesanzeiger verwendet wird, sind für diesen Zweck daraus nur die Dateien zur Rechnungslegung und im Falle gesetzlicher Prüfungspflicht der Bestätigungsvermerk resp. die diesbezüglich erteilte Bescheinigung bestimmt.

Bestätigungsvermerk

An die Fassin Verwaltungs GmbH & Co. Immobilien KG:

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Fassin Verwaltungs GmbH & Co. Immobilien KG, Emmerich, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 26. Mai 2011

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Aps
Wirtschaftsprüfer


Glückselig
Wirtschaftsprüferin



Fassin Verwaltungs GmbH & Co. Immobilien KG, Emmerich

Bilanz zum 31. Dezember 2010

AKTIVA	31.12.2010		31.12.2009	PASSIVA	31.12.2010		31.12.2009
	€	€	€		€	€	€
	A. ANLAGEVERMÖGEN					A. Eigenkapital	
I. Sachanlagen				I. Kommanditkapital	600.000,00		600.000,00
Grundstücke und Bauten	10.942.206,00		11.348.303,00	II. Rücklagen			
II. Finanzanlagen				Satzungsmäßige Rücklage	1.492.224,56		1.492.224,56
Anteile an verbundenen Unternehmen	54.000,00		27.000,00				
		10.996.206,00	11.375.303,00	B. Rückstellungen		2.092.224,56	2.092.224,56
B. UMLAUFVERMÖGEN				Sonstige Rückstellungen		11.500,00	11.400,00
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				C. Verbindlichkeiten			
Sonstige Vermögensgegenstände		0,00	62.853,00	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.023.515,85		6.794.479,53
II. Guthaben bei Kreditinstituten		2.169,83	6.618,06	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:			
				€ 770.963,68 (Vorjahr: € 770.963,68)			
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		84.069,88	96.789,76	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00		141.136,45
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
				€ 0,00 (Vorjahr: € 141.136,45)			
				3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	164.570,70		182.652,87
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:			
				€ 164.570,70 (Vorjahr: € 182.652,87)			
				4. Sonstige Verbindlichkeiten	2.790.634,60		2.319.670,41
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:			
				€ 1.949.634,60 (Vorjahr: € 1.478.670,41)			
				- davon aus Steuern: € 12.462,74 (Vorjahr: € 14.296,28)			
						8.978.721,15	9.437.939,26
		11.082.445,71	11.541.563,82			11.082.445,71	11.541.563,82

Fassin Verwaltungs GmbH & Co. Immobilien KG, Emmerich
Gewinn- und Verlustrechnung für 2010

	2010	2009
	€	€
1. Umsatzerlöse	914.383,20	914.383,20
2. Sonstige betriebliche Erträge	85.829,13	121.206,73
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	-406.097,00	-406.070,54
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-112.983,01	-83.572,90
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen: € 0,00 (Vorjahr: € 3.577,77)	761,43	13.510,03
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-451.179,87	-479.070,49
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	30.713,88	80.386,03
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2,50	53.400,00
9. Sonstige Steuern	-63.060,76	-63.060,76
10. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-32.349,38	70.725,27

Fassin Verwaltungs GmbH & Co. Immobilien KG, Emmerich

Anhang für 2010

Allgemeine Hinweise

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und 264 ff. HGB sowie nach den einschlägigen Vorschriften des Gesellschaftsvertrags aufgestellt. Es werden die Vorschriften für kleine Kapitalgesellschaften analog angewendet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (§§ 238 bis 263 HGB) und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages. Darüber hinaus hat die Gesellschaft die ergänzenden Vorschriften zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für Kapitalgesellschaften vergleichbarer Größe in analoger Weise beachtet.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, solche mit zeitlich begrenzter Nutzungsdauer vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer ermittelt.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bzw. dem am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d. h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Angaben zur Bilanz

Anteilsbesitz

Name, Sitz	Anteil in %	Währung	Eigenkapital zum 31.12.2010	Jahresergebnis 2010
<u>Unmittelbare Beteiligungen:</u>				
FB Financiere de Confiserie GmbH, Emmerich	100%	EUR	0,00 *	-500.088,54
Katjes Nederland Beteiligungs GmbH, Emmerich	100%	EUR	0,00 **	-69.670,24
<u>Mittelbare Beteiligungen:</u>				
Heel Veel Snoepjes B.V., Zeist, Niederlande	66,66% ***	EUR	29.423.000,00	-138.000,00
Lamy Lutti S.A, Bois d'Haine, Belgium	66,59% ***	EUR	2.353.612,83	3.996,22
Lamy Lutti Holdings S.A.S., Bondues Cedex, France	66,66% ***	EUR	10.632.071,00	176.624,00
Lamy Lutti S.A.S., Bondues Cedex, France	66,66% ***	EUR	1.767.787,00	-429.135,00
Festivaldi B.V., Nijkerk, Niederlande	50%	EUR	565.923,00	191.119,00

- *) Der in der FB Financiere de Confiserie GmbH, Emmerich, Bilanz zum 31.12.2010 ausgewiesene nicht durch Vermögenseinlage gedeckte Verlustanteil beträgt EUR 796.074,20 (Vorjahr: EUR 295.985,66).
- **) Der in der Katjes Nederland Beteiligungs GmbH, Emmerich, Bilanz zum 31.12.2010 ausgewiesene nicht durch Vermögenseinlage gedeckte Verlustanteil beträgt EUR 44.670,24.
- ***) entspricht 66,66% bzw. 66,59% der Geschäftsanteile (aber nur 33,33% bzw. 33,30% der Stimmrechte)

Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 2.979.437,85 haben eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 6.023.515,85 sind durch Grundpfandrechte an im Eigentum der Gesellschaft befindlichen Grundstücken, an einem im Eigentum der Katjes Fassin GmbH + Co. KG befindlichen Grundstück, sowie Bürgschaften der Katjes Fassin GmbH + Co. KG besichert.

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse

Die **Haftungsverhältnisse** aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten betreffen Grundschulden in Höhe von EUR 8.575.024,14. Die Inanspruchnahme der Grundschulden wird durch vertragsgerechte Tilgungen und Zinszahlungen als eher unwahrscheinlich angesehen.

Die Fassin Verwaltungs GmbH & Co. Immobilien KG, Emmerich, hat sich als Gesellschafterin mit Patronatserklärung vom 28. Dezember 2009 gegenüber der FB Financiere de Confiserie GmbH, Emmerich, bis zum 31. Dezember 2012 sowie mit Patronatserklärung vom 29.12.2010 gegenüber der Katjes Nederland Beteiligungs GmbH, Emmerich, bis zum 31.12.2013 verpflichtet, diese mit finanziellen Mitteln auszustatten, damit diese ihre fälligen Verbindlichkeiten jederzeit fristgerecht erfüllen können. Zur Verbesserung der zukünftigen Ergebnissituation dieser beiden Tochtergesellschaften erwägt die Gesellschaft im Jahr 2011 eine Kapitalerhöhung der Beteiligungsanteile und einen Forderungsverzicht in Höhe der gegebenen Darlehen bei diesen beiden Tochtergesellschaften durchzuführen.

Weiterhin bestehen Haftungsverhältnisse aus von der InvestitionsBank des Landes Brandenburg in Höhe von EUR 1.119.180,64 gewährten Zuschüssen. Die Inanspruchnahme dieser Garantieleistungen wird als eher unwahrscheinlich angesehen, da die Gesellschaft davon ausgeht, die Vertragsbedingungen wie in der Vergangenheit erfüllen zu können.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung unterlag den persönlich haftenden Gesellschaftern der Gesellschaft, der Xaver Fassin GmbH, Emmerich, und Herrn Robin Kraft, Korschenbroich.

Unbeschränkt haftende Gesellschafter

Die Gesellschaft selbst ist unbeschränkt haftende Gesellschafterin der Katjes Holding GmbH & Co. KG, Emmerich, der Katjes Fassin GmbH + Co. KG, Emmerich, der Frigeo Vertriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Remshalden, der Katjes Bonbon GmbH & Co. KG, Potsdam sowie der Smile Factory GmbH & Co. KG, Düsseldorf.

Persönlich haftende Gesellschafter

Die persönlich haftenden Gesellschafter sind die natürliche Person Robin Kraft, Korschenbroich, und die Xaver Fassin GmbH, Emmerich, mit einem gezeichneten Kapital in Höhe von EUR 30.678,00.

Emmerich, 26. Mai 2011

Xaver Fassin GmbH

Robin Kraft

-Geschäftsführung-

Fassin Verwaltungs GmbH & Co. Immobilien KG, Emmerich Lagebericht für 2010

(1) Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat ihr Anlagevermögen sowohl langfristig an die Katjes Fassin GmbH + Co. KG als auch an die Katjes Bonbon GmbH & Co. KG verpachtet. Die Pacht betrug im Berichtszeitraum aufgrund vertraglicher Vereinbarungen insgesamt EUR 914.383,20.

Die Mieteinnahmen sollen die zukünftigen bilanziellen Abschreibungen und den benötigten Zinsaufwand für den Kapaldienst aus der Finanzierung der Immobilien decken.

Die im Februar 2009 von der Fassin Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG gegründete FB Financiere de Confiserie GmbH, Emmerich, hält zum Stichtag 31. Dezember 2010 66,66% Geschäftsanteile (aber nur 33,33% Stimmrechte) an der Heel Veel Snoepjes B.V., Zeist, Niederlande, sowie deren mittelbare Beteiligungen Lamy Lutti S.A., Belgien, dem Marktführer in Belgien, Lamy Lutti Holding S.A.S. und Lamy Lutti S.A.S., Frankreich, der Nummer 2 in Frankreich. Unterjährig erwarb die FB Financiere de Confiserie GmbH einen weiteren 50% Geschäftsanteil an der Festivaldi B.V, Nijkerk, Niederlande. Dieser wurde jedoch aufgrund von Umstrukturierungsmaßnahmen auf die am 12. April 2010 gegründete Katjes Nederland Beteiligungs GmbH, Emmerich, (einer Tochtergesellschaft der Fassin Verwaltungs GmbH & Co. Immobilien KG) mit Kaufvertrag vom 13. September 2010 übertragen.

Das Geschäftsjahr 2010 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 32.349,38 ab. Darin enthalten sind jedoch Einmalaufwendungen, die sich in Zusammenhang mit erforderlichen Gutachten sowie Beratungsleistungen für die Vermarktung des Grundstücks in Emmerich, Wassenbergstraße, in Höhe von ca. EUR 46.000,00 ergaben.

(2) Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Da die Gesellschaft als Immobiliengesellschaft zur Zeit nur drei Objekte besitzt, diese an die Betriebsgesellschaften, die Katjes Fassin GmbH + Co. KG und Katjes Bonbon GmbH & Co. KG, verpachtet und sich angesichts dieser überschaubaren Verhältnisse die Vermögenslage und die Ertragslage unmittelbar aus der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung ergeben, kann auf eine gesonderte Darstellung der Vermögens- und Ertragslage verzichtet werden.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt durch langfristige Bankkredite und andere Kredite, kurzfristige Darlehen sowie Eigenmittel.

(3) Ereignisse nach dem Stichtag

Gemäß Handelsregistereintragung vom 8. Februar 2011 wurde eine Namensänderung in „Katjes Verwaltungs GmbH & Co. KG“ vorgenommen. Eine weitere Namensänderung in „Katjes International GmbH & Co. KG“ erfolgte gemäß Handelsregistereintragung vom 13. Mai 2011.

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2011 hat die Katjes Fassin GmbH & Co. KG, Emmerich, der Katjes Verwaltungs GmbH & Co. Immobilien KG zwei Darlehen in Höhe von insgesamt 13,2 Mio. EUR zur Verfügung gestellt, die diese an ihre Tochtergesellschaften FB Financiere de Confiserie GmbH, Emmerich, und Katjes Nederland Beteiligungs GmbH, Emmerich, weitergereicht hat. Des Weiteren hat die Green Investment 2050 GmbH, Emmerich, der Katjes Verwaltungs GmbH & Co. Immobilien KG ein Darlehen in Höhe von 3,2 Mio. EUR zur Verfügung gestellt, die dieses an die FB Financiere de Confiserie GmbH, Emmerich, weitergereicht hat. Im Anschluss daran erwägt die Katjes Verwaltungs GmbH & Co. Immobilien KG die Darlehen in die sonstige Kapitalrücklage gem. § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB der beiden Tochtergesellschaften mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2011 einzulegen.

Ansonsten ergaben sich keine wesentlichen Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahres, über die zu berichten wäre.

(4) Ausblick auf das Geschäftsjahr 2011

Für das Geschäftsjahr 2011 ist aufgrund von internen Umstrukturierungs-Überlegungen vorgesehen, die bilanzierten Grundstücke sowie die damit verbundenen Bankkredite, mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2011, auf die Katjes Holding GmbH & Co. KG zu übertragen. Daneben ist die Gesellschaft bestrebt, die restlichen Geschäftsanteile von der Heel Veel Snoepjes B.V., Zeist, Niederlande, zu erwerben. Dazu bemüht sie sich aktuell um verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten.

Bedingt durch die geplante Veräußerung der Immobilien wird sich der Gegenstand des Unternehmens auf eine reine Holdingfunktion ändern. Zukünftig werden unter der Gesellschaft nur noch Anteile an der Heel Veel Snoepjes B.V. und der Festivaldi B.V. verwaltet. Die Ergebnissituation für die beiden Folgejahre 2011 und 2012 ist somit weitestgehend von Dividendenzahlungen der beiden Tochtergesellschaften abhängig.

Emmerich, 26. Mai 2011

Xaver Fassin GmbH

Robin Kraft

-Geschäftsführung-

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Wir, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, haben unsere Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung im Auftrag der Gesellschaft vorgenommen. Neben der gesetzlichen Funktion der Offenlegung (§ 325 HGB) in den Fällen gesetzlicher Abschlussprüfungen richtet sich der Bestätigungsvermerk ausschließlich an die Gesellschaft und wurde zu deren interner Verwendung erteilt, ohne dass er weiteren Zwecken Dritter oder diesen als Entscheidungsgrundlage dienen soll. Das in dem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis von freiwilligen Abschlussprüfungen ist somit nicht dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen Dritter zu sein, und nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden.

Unserer Tätigkeit liegen unser Auftragsbestätigungsschreiben zur Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung, die Besonderen Auftragsbedingungen für Prüfungen und prüfungsnahen Tätigkeiten der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Stand 1. Juli 2007) sowie die "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2002 zugrunde.

Klarstellend weisen wir darauf hin, dass wir Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehmen, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anders lautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Bestätigungsvermerks hinsichtlich nach seiner Erteilung eintretender Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine rechtliche Verpflichtung besteht.

Wer auch immer das in vorstehendem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis unserer Tätigkeit zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er dieses Ergebnis für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen.

(3) Ausschlussfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruf der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.